

Schlichter
Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen Heft 19.

LIBRARY
200,000 Ausgaben.

Eine Streitschrift zur Begründung

der Forderung des Normalarbeitstages

von

A. Küfer, Schriftfeger.

~~~~~  
**Preis 20 Pfennige.**  
~~~~~

Verlag von L. Biederf.
Dritte vergrößerte Auflage.

München 1885.

Verlag von L. Biederf.

Verlag von **L. Viered**, München:

Sozialpolitische Zeit und Streitfragen.

- Heft 1. Der Weberstrife zu Grimnitz-
schau. Preis 20 Pfg.
" 2. Der Prozeß Brünn-Sparig,
contra-Fränkische Tagespost.
" 3. Das Verbot der Südböhmischen
Post und die dagegen erhobene
Beschwerde an die Reichs-
kommission. Preis 20 Pfg.
" 4. Ein belästigtes Infanterie-
Regiment. Prozeß gegen
die „Südb. Post.“ Pr. 20 Pf.
" 5. Abgeordneten = Verhaftungen
zu Kiel und Neumünster.
Preis 20 Pf.
" 6. u. 7. Der Monstre-Prozeß
gegen die Berliner Gewerks-
chaften. Preis 40 Pf.
" 8. Haus-Industrie im Kreise
Sonneberg. Preis 20 Pf.
" 9. Die Debatte über das So-
zialistengesetz, 1884, 2. und 3.
Lesung. Preis 20 Pf.
" 10. Zweites Verbot der „Südb.
Post“. Preis 10 Pf.
" 11. Die österreichische Fabrikge-
setzgebung. Preis 30 Pf.
" 12. Steglitzer Eisenbahn-Unfall.
Preis 20 Pf.
" 13. Zwei Prozeßprozesse gegen die
„Südb. Post.“ Preis 20 Pf.
" 14. Die Beschwerde an die Reichs-
kommission betreffend: Das
zweite Verbot der „Südb.
Post“. Preis 20 Pf.
" 15. Das Verbot des Königsberger
Volksblatts nebst Beschwerde
an die Reichs-Kommission.
Preis 20 Pf.

- " 16. Der Arbeiterschutzgesetz-Ent-
wurf. Preis 5 Pf.
" 17. Das Arbeiterschutzgesetz vor
dem deutschen Reichstag. Pr.
20 Pfg.
" 18. Was der Reichstag that und
was er nicht that. Rede des
Reichstags-Abgeordneten L.
Viered. Preis 10 Pf.

Deutsche Sozialgesetzgebung:

- Heft 1. Die verschiedenen Vereinsgesetze
in Deutschland. 30 Pf.
" 2. Haftpflicht, Hilfskassengesetz mit
Novelle etc. etc. 30 Pf.
" 3. Sozialistengesetz, Regulativ da-
zu, das Dynamitgesetz. 30 Pf.
" 4. Reichswahlgesetz mit Reglement
(eingeleitet von L. Viered.)
20 Pf.

Dr. Karl Fleisch, Haftpflicht M. 1.50.
Die elektrotechnische Revolution, 3. illustr.
Ausgabe M. 2.
Mar Regel, Robert der Vereinstafel
1. Aufl. M. 2.50.
Mar Vogler, Der Herr Kommerzienrath
M. 3.
Weßen, Ein Münchner Kind in der
Fremde 60 Pfg.
Gräfin Vera, Roman von Helene von
Racowitza broch. 5 M. gebd. 6 M.
Der Vorkentäfer mit 18 Illustrationen
eleg. broch. M. 1.
L. Viered, Statistische Tafel der so-
zialistischen Wahlen 25 bez. 20 Pf.
Weßen, 4 Wochen in Rußland M. 1.
Keller, Sopha- und Koupee-Geschichten
50 Pf.
Kohleder, Musterstatuten 30 Pf.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen

Der Jungfrauen Tribut im modernen Babylon.

Deutsche Bearbeitung der »Pall Mall Gazette« Artikel.



Volksausgabe.



Preis 30 Pfennig.

331.81
K542t3

Am 3. Dezember 1882 reproduziren die Münchener „Neuesten Nachrichten“ einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“, mit der Ueberschrift: „Zur Frage des Bagabundenthums“, in welchem gesagt wird:

„Man schätzt die Zahl der Bagabunden in Deutschland auf Zweimalhunderttausend und die jährlich „erfochtene“ Einnahme dieser Schmaroger auf hundert Millionen Mark, was wohl etwas zu hoch sein dürfte. Ueber die Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung wurden von den Abgeordneten nach ihrem politischen Standpunkte sehr verschiedene Ansichten aufgestellt. Darüber herrscht aber große Einstimmigkeit, daß unsere Gesetzgebung in manchen Punkten zu milde und namentlich in diesem Falle zu weichherzig geworden ist. Strengere Zucht ist sehr zu wünschen. Den größten Vorschub leistet dem Unfug eine schlaffe Gemüthlichkeit, die jedem Bettler eine kleine Gabe nicht abschlagen mag. Diese Charakterchwäche kann nicht scharf genug getadelt werden. Man hat in jüngster Zeit wiederholt den Vorschlag gemacht, die Verabreichung von Almosen an herumstreichende Bettler geradezu straffällig zu machen. In vielen Orten sind Vereine gegen den Hausbettel errichtet, deren Mitglieder dafür einen Beitrag liefern zur regelmäßigen Unterstützung wirklich Bedürftiger. Diese Vereine haben ihren Zweck nur in sehr unvollkommenem Maße erreicht, besonders weil viele Mitglieder mit übelangebrachter Gutmüthigkeit dennoch fortfahren mit Almosen geben, wodurch viele Strolche sich drei Mal mehr im Tage mit Nichtsthun verdienen, als ehrliche Leute durch ihre Arbeit. Immerhin haben die Vereine einigen Nutzen gestiftet, und der Staat wird wohlthun, wenn

er seinerseits die Bevölkerung schützt vor jener oft gewalthätig auftretenden Landplage.“

Für oberflächliche tendenziöse Zeitungsschreiberei halte ich es, das Vorhandensein so vieler Vagabunden nur eine „unerfreuliche Erscheinung“ zu erkennen und über die Ursachen des Vagabundenthums mit dem Hinweis auf den unklaren wirtschaftlichen Standpunkt der Abgeordneten sich auszusprechen!

Oberflächlichkeit in Behandlung der sozialen Frage ist überhaupt das Merkmal der deutschen Zeitungspressen, ob sie sich liberal, demokratisch oder ultramontan geberdet, sehr vereinzelte Ausnahmen abgerechnet.

Heute rühmt diese Art Presse die Kultur-Entwicklung Deutschlands, preist dessen Macht und Herrlichkeit und morgen bespricht sie Zustände, in welchen es möglich ist, daß in Deutschland die „Strolche“ sich dreimal mehr mit Nichtsthun verdienen, als ehrliche Leute durch ihre Arbeit! Und daran soll die Gutmüthigkeit der Deutschen schuld sein.

Der deutsche Michel ist allerdings ein guter, ein nur zu guter Kerl, aber diesen „Vagabunden“ gegenüber kann er kaum anders sein, weiß er ja doch, und die Zeitungsredakteure sollten dies auch wissen, daß die Meisten der „Vagabunden“ Arbeiter sind, die eine Arbeit nicht finden können und ohne ihr Verschulden auf der Landstraße ihren Lebensunterhalt bettelnd suchen müssen.

Daß das Vagabundenthum eine Landplage geworden, ist allgemein anerkannte Thatsache, aber die Gutmüthigkeit geht nicht so weit, aus falschem Mitleid die Plage zu vergrößern. Auf dem Lande wird dem „armen Reisenden“ hauptsächlich Unterstützung gegeben, um Schlimmeres als den Bettel zu verhüten.

Unter den Eingangs erwähnten 200 000 Vagabunden mögen allerdings Etliche sein, welche nicht gerne arbeiten, aber das ändert an der Thatsache der Arbeitslosigkeit, denn um diese handelt es sich hier, nichts. Gesezt, der Bruchtheil wirklicher Vagabunden würde morgen in die Reihen der ordentlichen Arbeiter treten, so hätte dieses einfach zur Folge, daß der annähernd gleich große Theil ordentlicher Arbeiter nunmehr arbeitslos, d. h. zu Vagabunden würde.

Es hängt nicht von dem mehr oder weniger vorhandenen Gang zur Bagabundage ab, daß so viele Bagabunden in Deutschland existiren, sondern die Bagabundage ist die Folge des Mangels an Arbeitsgelegenheit.

Nicht bloß 200 000 sind arbeitslos; ich schätze die Zahl Arbeitsloser im letzten Winter in Deutschland auf mindestens 1 Million. Allerdings kann bei Beurtheilung der Arbeitslosigkeit der Winter, dieser grausame Feind der Armen, nicht maßgebend sein, weil er naturgemäß die Arbeitsgelegenheit verringert, aber daß die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich mehr als 200 000 beträgt, darf nicht bezweifelt werden. Zu den 200 000 Bagabunden, von denen hier die Rede ist, und die sich „fechtend“ auf den Landstraßen „durchschlagen“, zählen noch nicht die Tausende von Arbeitern, welche abwechselnd keine Arbeit haben, aber an ihrem Aufenthaltsorte bleiben, weil sie durch familiäre und andere Verhältnisse an denselben gefesselt sind.

So schreibt das „Münchener Fremdenblatt“ unterm 27. Februar 1883 in Nr. 58:

„Wie groß die Zahl der Arbeitslosen in München ist, zeigt die uns verbürgte Nachricht, daß bei den an der Isar stattfindenden Wasserbauarbeiten, welche ungefähr 3—500 Personen beschäftigen, täglich 40—50 arbeitslose, darunter gut gekleidete Bursche, um Beschäftigung anhalten, welches Ansuchen in den meisten Fällen nicht berücksichtigt werden kann, da den Einheimischen der Vorzug gegeben wird. Es sollen übrigens die Arbeiten beschleunigt werden und wird sogar die Nacht dazu benützt. Auch in anderen Branchen herrscht gegenwärtig Ueberfluß an Arbeitskräften und ist die Zahl der Beschäftigungslosen in hiesiger Stadt eine große; trotzdem strömen Hunderte nach München in der Hoffnung, hier Verdienst zu erhalten, sehen sich aber meistens getäuscht.“

Meine Aufgabe besteht trotzdem darin, nachzuweisen, daß in Deutschland allgemein Gelegenheit zur Arbeit fehlt. Auf Grund des Zählennachweises kann ich dieses von dem Gewerbe thun, dem ich selbst angehöre.

Im Jahre 1866 wurde auf Anregung von Berliner und Leipziger Gehilfen der deutsche Buchdrucker-Verband gegründet, der heute nach 16 jähriger Wirksamkeit unter dem Namen „Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker“ thätig ist.

Dieser Verein zahlt seinen Mitgliedern Unterstützungsgelder im Falle der Erkrankung, zeitweiliger Arbeitslosigkeit und der lebenslänglichen Arbeitsunfähigkeit (Invalilität). Das von mir behandelte Thema verlangt nur ein Eingehen auf die angeführte zweite Art der Unterstützung, das ist auf die Klasse für Konditions- oder Arbeitslose.

Bei einer Mitgliederzahl von über 10 000 bezahlte der Verein im Jahre 1881 an seine Mitglieder, welche wohl gesund, aber ohne Arbeit waren, gleichviel ob sie auf die Reise gingen oder am Orte ihrer letzten Kondition verblieben, über 116,000 — einmahlundertsechszehntausend Mark.

Im vorigen Jahre verweigerte das kgl. bayer. Staatsministerium des Innern dem in Stuttgart domicilirenden Vorstände des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker die Zulassung zum Geschäftsbetriebe in Bayern, obwohl bayerische oder in Bayern konditionirende Buchdrucker unbeanstandet seit vielen Jahren Tausende von Mark zu besagtem Vereine resp. seinem Vorgänger einzahlten.

Die Buchdrucker in Bayern, soweit sie Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker waren, gründeten nunmehr einen Unterstützungsverein für Bayern, aus dessen mir vorliegendem Rechenschaftsbericht ich folgende Zahlen greife, die wieder nur auf die arbeitslosen Buchdrucker Bezug haben.

Bei einem am Ende des III. Quartals 1882 sich ergebenden Stande von 615 Mitgliedern wurde in einem Rechnungsjahre (IV. Quartal 1881 und I., II. und III. Quartal 1882) aus der „Allgemeinen Klasse“ gezahlt:

An Unterstützungen:

a) für Arbeitslose auf der Reise .	Mk. 13,572.90
b) " am Orte . . .	" 2,402.—
c) sonstige Unterstützungen . . .	" 148.—

Summa Mk. 16,122.90

Ein großer Theil bayerischer Buchdrucker gehört diesem Vereine aber nicht an, sondern zieht es vor, die in der Einheit

und Einigkeit wurzelnde Kraft in örtlichen Zwergvereinen zu zersplittern. Unter der Firma „Freie Vereinigung unabhängiger Viatikumsklassen“ zahlen die jeweilig in diese Klassen steuernden Prinzipale und Gehilfen ebenfalls an Konditionslose Reiseunterstützung.

So hat die Münchener „freie“ Vereinigung im Jahre 1882 an 240 solche sogen. „Freie“ 832.50 Mk. Reiseunterstützung in der alten Form des Viatikums bezahlt.

Da nun in anderen bayerischen Städten ein annähernd gleiches Verhältniß besteht, so ist mit Gewißheit anzunehmen, daß in Bayern mehr als 20,000 Mk. für arbeitslose Buchdrucker in einem Jahr ausgegeben werden, mithin in Deutschland circa 150,000 Mk.

Diese Zahlen beweisen, daß die in Arbeit stehenden Buchdrucker für ihre arbeitslosen Kollegen sehr viel leisten. Würden sie nicht überzeugt sein, daß die arbeitslosen Kollegen fast durchwegs ohne ihr Verschulden verdienstlos wurden, gewiß, sie würden keinen Pfennig geben. Die deutschen Buchdrucker wissen aber auch, daß wenn sie ihre arbeitslosen Kameraden nicht unterstützten, diese gezwungen würden, sich am Ende um jeden Preis zur Arbeit anzubieten und so die Errungenschaften vieler Jahre verloren gingen.

Die noch einigermaßen anständige Bezahlung und mit ihr die Möglichkeit der Selbsthilfe in „allen Lagen und Gefahren“ verdanken die deutschen Buchdrucker zunächst der Abkürzung der Arbeitszeit, welche Abkürzung ihnen mit Recht als Fundament zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter erscheint.

Trotz der etwas kürzeren Arbeitszeit, welche sich die Buchdrucker im Verhältnisse zu anderen Geschäften errungen, beträgt aber der Prozentsatz der durchschnittlich Arbeitslosen zu den Arbeitenden 10, somit berechnet man die Zahl der arbeitslosen Buchdrucker in Deutschland auf 1500 im Jahresdurchschnitt.

Man könnte nun einwenden, in anderen Geschäften seien die Verhältnisse günstiger, dem ist aber nicht so. Nicht nur in allen Gewerben und Fabrikationszweigen, sondern bei allen erwerbenden Ständen läßt sich ein Ueberschuß von Arbeitsangebot, sohin von StelleSuchenden nachweisen.

Halten wir Umschau und fangen wir bei den oberen Klassen an, so finden wir, daß drei- und viermal mehr studirte junge Leute vorhanden sind, als Professoren nöthig oder angestellt werden können. Auf Anstellung im Staatsdienste warten in allen Fächern jahrelang Tausende. Künstler ohne lohnenden Verdienst, Aerzte ohne Praxis sind zahlreich vorhanden. Der Architektenverein München berieth unlängst über die Mittel, wie der Kalamität des Ueberschusses der vorhandenen Arbeitskraft (Ueberfluß der Architekten) entgegengetreten werden könne. Stellenlose Commis gibt es zu Tausenden, und spielt dabei der Umstand, daß ein großer Theil dieser Commis nicht genügend ausgebildet ist, wie so oft in sophistischer Weise angedeutet wird, keine Rolle.

Kurz, in allen mehr oder weniger wissenschaftlichen Erwerbsständen läßt sich ebenso ein vielfaches Nichtvorhandensein von Erwerbs- oder Anstellungsgelegenheit konstatiren, wie bei den Buchdruckern, und ist dieser übermäßige Andrang zu den höheren Erwerbsständen zum Theil erklärlich durch die thatsächlich vorhandene noch größere Aussichtslosigkeit, im Gewerbe eine sichere Existenz oder lohnende Selbstständigkeit zu finden. Sehen wir uns also bei den Gewerben um.

Bei den Schuhmachern fällt zunächst die Zahl jener auf, welche allen möglichen Erwerbsarten sich hingeben. Wir finden gelernte Schuhmacher als Gasanzünder, Hochzeitslader, Geldsammler (Ducker) bei Musik-Produktionen und Tanzunterhaltungen, Lohndiener, Krankenwärter und Packträger, und trotz alledem gibt es noch Hunderte arbeitsloser Schuhmacher-gejellen.

Arbeitslose Schneider, Meister und Gehilfen, gibt es zeitweise zu Hunderten und Tausenden.

Von arbeitslosen Maurern und Zimmerleuten, besonders im Winter, will ich nicht reden, ebenso nicht von Malern, aber auf die Arbeitslosigkeit in allen anderen Baugewerben, bei den Schreibern, Schlossern, Spänglern u., möchte ich hinweisen.

Auf den Herbergen der Bäcker und Metzger sind jahraus jahrein feiernde Gesellen in großer Zahl. In einer im Februar in München abgehaltenen Bäckerversammlung zum Zwecke der Gründung einer Bäcker-Innung wurde konstatirt, daß im ab-

gelaufenen Jahre circa 3000 arbeitslose Bäckergefellcn nach München zugereist kamen, und ein solcher Zustand herrscht in einem Gewerbe, dessen Erzeugnisse zum Leben absolut nothwendig sind, wo Luxus und Laune fast keinen Einfluß haben.

Vor den Thoren der Fabrik-Etablissements harren die gelernten und ungelernten Arbeiter aller Branchen zu Duzenden vergeblich auf Arbeit.

Selbst in der Landwirthschaft machen sich Schaaren arbeitsloser Knechte und Tagelöhner bemerkbar und vermehren heute die Zahl der „armen Reisenden“.

Mir ist keine Erwerbsart bekannt, in der ein Mangel an Arbeitern fühlbar wäre, im Gegentheil, überall ist mehr Angebot von Arbeitskraft vorhanden als Arbeitsmöglichkeit.

Diese Behauptung dürfte unanfechtbar sein und es gilt, sie jetzt auf ihre Unanfechtbarkeit zu prüfen, resp. nachzuweisen, woher die Arbeitslosigkeit stammt.

„Die Maschine schlägt den Arbeiter todt!“ Dieser Ausspruch kommt aus den Arbeiterkreisen Englands. Um mich hier jedoch ganz verständlich zu machen, muß ich etwas weiter ausholen.

Die Verwendung der mechanischen Kraft, die wir im Gegensatz zu der Arbeit der Menschen und Thiere todte Arbeitskraft nennen können, macht nicht nur einen Theil der lebenden Arbeitskraft oder der Hände überflüssig, sondern die eingeführte Maschine entwerthet auch die menschliche (lebende) Arbeitskraft. Ein Beispiel:

Ein Tischler ist im Stande, pro Tag einen Tisch herzustellen, für dessen Fertigung er 3 Mark Arbeitslohn erhält. Nun stellt Jemand eine Maschine auf, mittelst deren Anwendung er drei Tische per Tag fertigt. Will nun der Tischler mit seiner Handarbeit konkurriren, so muß er auch drei Tische im Tag machen, aber er wird, wenn ihm dies möglich, statt für einen Tisch 3 Mark Arbeitslohn, nur mehr für 3 Tische 3 Mark erhalten. Die Konkurrenz und die zu der Herstellung des Tisches gesellschaftlich nothwendige, durch die Maschine bedeuend reduzirte Arbeitszeit zieht diese Entwerthung der Arbeit nach sich und somit wird die Arbeitskraft des Arbeiters unterwerthet oder gar überflüssig, je mehr die mit Maschinen arbeitende Produktion in der Gesellschaft an Ausdehnung gewinnt.

Die Entwerthung der Arbeitskraft wird wiederum verallgemeinert dadurch, daß die in einer Branche durch Einführung der Maschine überflüssig Gewordenen in einer andern Branche, wo die mechanische Kraft noch nicht angewendet werden kann, sich andrängen und somit durch ihr vermehrtes Angebot hier den höheren Lohn herunterdrücken.

In einzelnen Geschäften, in denen die Steigerung des Konsums möglich ist, wie bei den Buchdruckereien, hat sich zwar die Maschine den Arbeitern nicht so verderbenbringend erwiesen, wie z. B. bei den Webern und Papiermachern, dafür macht sich aber bei den Buchdruckern der vorhin besprochene Andrang junger Leute sehr stark geltend. Man schätzt in diesem Gewerbe die Zahl der Lehrlinge in Deutschland auf über 6000.

Eine schon in der Hausarbeit verwendete und deshalb sehr verbreitete Maschine ist jedenfalls die Nähmaschine. Denken wir uns dieselbe nicht vorhanden: für Schneider und Nähterin gäbe es Jahr aus Jahr ein Arbeit in Hülle und Fülle, diese Arbeiter und Arbeiterinnen würden nicht nur geachtet und gesucht sein, sie wären auch im Stande, dem rücksichtslosen Zwang, der sie heute 16—20 Stunden im Tage zu arbeiten verurtheilt und morgen auf Wochen arbeitslos macht, mit Erfolg zu begegnen. Von Konfektionsgeschäften wäre wahrscheinlich keine Spur vorhanden.

Auch im Schuhmachergewerbe floriren bereits allerlei Maschinen und machen Meister und Gesellen arbeitslos.

Eine Kreissäge, versicherten mich unlängst ein paar Schreiner, schneidet in einem Tage soviel als 30 Arbeiter zu leisten vermögen. Im Schreinergeräthe werden außerdem noch Hobel-, Bohr- und andere Maschinen verwendet, die nicht nur Tischlergehilfen überflüssig, sondern auch den Kleinmeister konkurrenzunfähig machen.

Im Zimmergewerbe besorgen die Schneidsägen das Behauen der Hölzer und Hobeln der Bretter. Zimmerleute und Maurer fanden früher vielfach Beschäftigung im Winter in Brauereien; seitdem da Technik und Maschine so viele Hände überflüssig gemacht, gibt es im Winter für Zimmerer und Maurer eben fast keine Arbeit.

Schlösser und Beschläge, früher vom Schlosser gefertigt, werden durch Maschinen in Fabriken hergestellt, welche letztere vielfach die auf dem Lande zerstreuten Schlossermeister in der Tasche haben, indem sie ihnen nicht nur die Waare auf Kredit liefern, sondern vielfach ihre Anwesen befehlen. In größeren Schlosserwerkstätten sind ebenfalls allerlei Maschinen thätig, welche die Zahl der Arbeiter reduzieren.

Die Umwälzung, welche die Eisenbahnen in den Gewerben der Wagner, Schmiede und Sattler nach sich gezogen, will ich nicht hoch anschlagen, weil einerseits Tausende in dem durch die Eisenbahn großartig entwickelten Verkehr Brod und Stellung finden, anderseits die Eisenbahn durch eine im Verhältniß billige Beförderung der Nahrungsmittel und Rohprodukte eine abnorme, willkürliche und spekulative Preißeigerung auf die Dauer verhindert.

Einen Hinweis auf die der Maschine innewohnende, Alles umwälzende Kraft halte ich noch für geboten, ich meine die Anwendung der Maschine bei der Landwirthschaft. Die Acker- und Säemaschinen, die Mäh- und Dreschmaschinen ermöglichen dem amerikanischen Farmer, die ungeheuren Flächen jungfräulichen Bodens anzubauen und auszubeuten und den Zentner Weizen um $7\frac{1}{2}$ —8 Mark noch mit Gewinn im deutschen oder europäischen Hafen abzusetzen, während der deutsche Bauer bei diesem Preis mit Erfolg nicht zu konkurriren vermag. Wir sehen, wie z. B. bei uns besonders die Dreschmaschine Tausenden ländlicher Arbeiter die Arbeit des Dreschens abnimmt und sie im Winter arbeitslos macht, aber auch dem Bauern die amerikanische Konkurrenz auf den Hals heßt. Die Wirkung ist zweischneidig.

Die Maschine macht also nicht bloß den Arbeiter brodlos und entwerthet seine Arbeitskraft, sie ruiniert auch den gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand, welcher der durch die maschinelle Großproduktion hervorgerufenen und gestärkten Konkurrenz nicht mehr gewachsen ist. Der Spruch vom goldenen Boden des Handwerks wurde zur Phrase, als die Steinkohlen sich in die Diamanten der Großindustriellen verwandelten.

Der Leser wird die Richtigkeit des aus England gekommenen Ausspruches nun nicht mehr bezweifeln, aber es

wird ihn interessiren zu erfahren, wie diesem „Maschinen-todtschlag“ Einhalt gethan werden kann.

Wir haben gesehen, wie die Entwerthung der Arbeit und die Brodlozmachung der Arbeiter durch die größere Leistungsfähigkeit der Maschine vor sich geht und zwar deshalb, weil der Werth einer Waare davon abhängt, wie viel gesellschaftlich nothwendige Zeit zur Herstellung der Waare zu verwenden ist, d. h. wie viel Arbeit, gemessen durch Zeit, in der Waare steckt.

Weil das Gold schwer zu gewinnen, d. h. viel Zeit zu seiner Gewinnung erforderlich ist, ist es theuer; würde es so leicht wie Kieselsteine zu haben und so vielfach vorhanden sein, daß wir nur die Arbeit des Aufhebens zu seiner Gewinnung verrichten dürften, gewiß, das Gold wäre so billig wie Kieselsteine.

Will man also die menschliche Arbeit wieder zu Ehren bringen, wie so viele patriotische Sozialpolitiker es thun zu wollen vorgeben, so kann dies weder mit religiösen noch mit politischen Maßregeln geschehen, weder durch Corpus-Christi-Bruderschaften noch durch Innungen, sondern einzig und allein mit Erfolg dadurch, daß man die Zeit zum Arbeiten gesetzlich feststellt. Die Arbeit somit werthvoller macht und, was die Hauptsache ist, mehr Leuten als bisher Gelegenheit zum Arbeiten verschafft, und da komme ich zu meinem eigentlichen Thema: dem Normalarbeitstag, dem wirksamsten Mittel zur Beseitigung der Bagabundage.

Das Vorhandensein von 200 000 Bagabunden und die meinerseits gemachten Aufstellungen dürften unzweifelhaft beweisen, daß in Deutschland zu viel und zu lang gearbeitet wird im Verhältniß zu dem vorhandenen Arbeitsangebot und der Arbeitsmöglichkeit.

Man tröste uns nicht mit dem Hinweis, daß nur eine momentane Krisis diese Arbeitslosigkeit verschulde. Wenn auch ein Aufschwung in Industrie und Landwirthschaft erhofft wird, die Maschine hat bis dahin sich wieder mehr Terrain erobert und ein großer Theil der Arbeiter steht nach wie vor arbeitsuchend da.

Dieser Zustand wäre noch fühlbarer, wenn die Auswanderung nicht so viele Arbeiter vom deutschen Arbeitsmarkt hinwegjüge.

Für die Einführung des Normalarbeitstages besonders in's Gewicht fallend, erscheint mir zunächst das Vorhandensein des trassen Mißstandes der Ueberarbeit.

Tausende laufen als Bettler auf den Landstraßen, während andere Tausende 14–16 Stunden täglich, ja sogar an Sonn- und Feiertagen arbeiten!

Ein einfaches Rechenexempel beweist die Möglichkeit der vermehrten Arbeitsgelegenheit bei Einführung des Normalarbeitstages. Gesezt ein Fabrikant beschäftigt 100 Arbeiter per Tag 11 Stunden; wollte er nun im Normalarbeitstage zu 10 Stunden dieselbe Masse Waaren wie vorher zu 11 Stunden liefern, müßte er 10 Arbeiter mehr einstellen, d. h. „10 Bagabunden“ würden von der Landstraße in die Fabrik gezogen, sich in „ordentliche“ Arbeiter verwandeln.

Viele Arbeiter wollen nicht einsehen, daß die Ueberarbeit, die Arbeit über das Durchschnittszeitmaß, nur zeitweilig materiellen Gewinn bringt, hinterher aber stets eine körperliche und geistige Entkräftung und damit eine Entwerthung der persönlichen Leistungsfähigkeit im Gefolge hat. Sie ahnen es nicht oder wollen es nicht eingestehen, daß bei immerwährender Ueberarbeit die Lebensdauer abgekürzt, die Konkurrenz im Lohne unerträglich und die eigentliche Noth in materieller wie in sittlicher Beziehung erst ständig wird.

Die lange Arbeitszeit macht nicht nur mehr Bagabunden (Arbeitslose), sie drückt auch den Lohn herab durch die Konkurrenz, welche so unter den Arbeitern selbst vermehrt durch die freisetzende Macht der Maschinen an sich schon vorhanden ist.

Die Ausdehnung der Arbeitszeit wird bei dem Mangel einer gesetzlichen Schranke weiter herbeigeführt durch den Akkord- oder Stücklohn. Ueber die eingeführte Arbeitszeit hinaus findet da ein Abhezen und Abjagen der Arbeiter statt, welches wiederum die oben dargelegten Folgen hat. Ueberarbeit und Sonntagsarbeit bei dem Mangel einer gesetzlichen Schranke verlangen auch nur zu oft solche Fabrikanten und Arbeitgeber, welche wegen Mangels genügender Lokaltäten nicht so viele Arbeiter einstellen können, als sie brauchen, um die Ablieferungstermine einhalten und ihre Konkurrenten aus dem Felde schlagen zu können. Der Normalarbeitstag hätte hier somit eine erhöhte Bauthätigkeit zur Folge.

Zu den Gegnern des Normalarbeitstages im eigenen Lager, d. h. unter den Arbeitern müssen wir auch Jene zählen, welche sagen, daß jetzt schon bei längerer Arbeitszeit die Arbeiter kaum im Stande seien, ihre Familien zu ernähren, bei kürzerer Arbeitszeit dies um so weniger der Fall sein würde. Hieraus folgendes:

Die Höhe des Lohnes wird nicht durch die lange oder kurze Arbeitszeit bestimmt, sie wird geregelt durch Angebot und Nachfrage von Arbeitshänden. Der Lohn wird steigen, wenn mehr Arbeit vorhanden als Arbeiter; er wird fallen, wenn mehr Arbeiter sich zur Arbeit anbieten, als Arbeitsgelegenheit da ist. Der Arbeitslohn wird aber bei allen Arbeitern im allgemeinen so viel betragen müssen, als sie zum Leben nothwendig haben, um ihre Arbeit leisten zu können. (Chernes Lohngesetz.)

Gegner des Normalarbeitstages sind ferner jene liberalen Nationalökonomten und Industriellen, welche behaupten, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland eine Schädigung der National-Industrie eintrete. Dieser Einwand wäre berechtigt, wenn nicht jene Länder, mit denen die deutsche Industrie konkurriren muß, mit der Abkürzung der Arbeitszeit vorangegangen wären. In England wird durchschnittlich 51—54 Stunden in der Woche gearbeitet und dieses Land macht allen Industrieländern die größte Konkurrenz. Auch in Frankreich ist die Arbeitszeit in allen Geschäften kürzer als in Deutschland, zudem sind die französischen Arbeiter gerade daran, sich dauernde Verbesserungen ihrer Lage zu erzwingen, das zeigt der Verlauf der im vergangenen Jahre vorgekommenen Arbeitseinstellungen. Zudem sind noch die Löhne der Arbeiter aller Branchen in diesen Ländern, die allein bei den vorgebrachten Bedenken in Betracht kommen können, höher. Die Konkurrenzfähigkeit der National-Industrie wird sohin durch den Normalarbeitstag nicht geschwächt, höchstens der Unternehmergewinn.

Die liberale Schule sagt uns auch, daß durch die gesetzliche Normirung der Arbeitszeit die persönliche Freiheit beschränkt werde. Das ist nun allerdings richtig, aber es fragt sich, ob ein solcher Eingriff in die persönliche Freiheit des

Einzelnen nicht im Interesse der Gesamtheit nothwendig ist und ob solche Eingriffe nicht täglich stattfinden.

Der allgemeine Schulzwang, die allgemeine Wehrpflicht, die Anzeigepflicht beim Standesamt, der Steuerzwang u. s. w., das alles sind im Interesse der Gesamtheit nothwendige Einrichtungen oder werden als solche hingestellt und zwar hauptsächlich von Denen, welche da, wo es sich um das Wohl der Gesamtarbeiterschaft handelt, für die unbedingte Freiheit des Einzelnen schwärmen. Sonderbare Käuze!

Abgesehen davon, daß die Arbeitszeit nicht von dem freien Willen der Arbeiter abhängt, wohl aber durch die heutigen gesellschaftlichen Zustände diktiert wird, kann durch Einführung des Normalarbeitstages nicht die persönliche Freiheit des einzelnen Arbeiters (weil dieser hierin keine Freiheit hat), sondern nur dessen Ausbeutung durch das Kapital beschränkt werden, d. h. die Freiheit der Arbeitgeber wird beschränkt insoferne, daß sie die Arbeitskraft ihrer Arbeiter nicht nach Laune und Willkür 12—16 Stunden im Tage, sondern nur vielleicht 8—10 Stunden lang ausnützen dürfen.


Ich halte dafür, daß immer da die persönliche Freiheit des Arbeiters beschränkt werden muß, wo sie der Gesamtarbeiterschaft Schaden bringt. Für solche Packesel von Arbeitern, die nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Mitarbeiter mit langer Arbeitszeit zu Grunde richten, ist ein solches Gesetz gewiß am Platze, oder: Es leben die Vagabunden!

Je länger die Arbeitszeit, desto niedriger die Löhne! ist eine wirthschaftliche Kalamität, wie Erfahrung und Statistik beweisen.

Daß der Normalarbeitstag für alle Gewerbe und Fabriken, auf Eisenbahnen und in der Landwirthschaft eingeführt werden kann, bedarf keiner Begründung, dafür liefert auch die Schweiz treffende Belege, wo der Normalarbeitstag seit einigen Jahren segensreich wirkt.

Seine Dauer müßte so bemessen werden, daß jene Geschäfte, welche heute schon die kürzeste Arbeitszeit haben, bei seiner Einführung auch noch eine Kleinigkeit freier Zeit gewinnen könnten. Daß der Normalarbeitstag nur durch ein Gesetz eingeführt werden kann, bedarf wohl keiner Begründung, denn weder die Einsicht des Gros der Arbeiter, noch die

Humanität der Arbeitgeber werden sich je zu einer solchen „freiwilligen Vereinbarung“ zusammenfinden.

Der Normalarbeitstag würde aber nicht nur die Bagabunden beseitigen, er würde auch in volkswirthschaftlicher Hinsicht günstige Wirkungen nach sich ziehen, indem durch die vermehrte Arbeitsgelegenheit der Arbeiter finanziell und sozial besser situiert würde, welche Besserstellung wiederum dem allgemeinen Konsum zu Gute käme. 

Für die Kleinmeister hat der Normalarbeitstag dieselben günstigen Wirkungen, wie für die Arbeiter, indem auch ihre persönliche Arbeitsleistung erhöhten Werth erhält.

Die Möglichkeit und Ersprießlichkeit der Einführung des Normalarbeitstages zugegeben, komme ich nun zur Beantwortung der Frage: „Wer soll die Einführung des Normalarbeitstages in Deutschland zunächst anstreben?“

Kein Zweifel, dazu sind in erster Linie die deutschen Arbeiter berufen und die Einsichtigen und Energischen unter ihnen müssen vorangehen, ihre Kameraden aufklären und der Forderung in der Oeffentlichkeit Nachdruck geben durch Versammlungen, Petitionen und Resolutionen.

Zur Unterstützung dieser Forderung sind moralisch auch Jene verpflichtet, welche in der zunehmenden Bagabundage eine Landplage sehen. Aber auch die wahrhaft humanen Männer aller Parteien und aller anderen Lebensstellungen können nicht Gegner der Bestrebungen der Arbeiter um den Normalarbeitstag sein.

Durch den Normalarbeitstag wird weder das monarchische Prinzip geschwächt, noch die Religion in Gefahr gebracht, ja nicht einmal die Produktionsweise geändert, sondern es bleibt bei der bestehenden Ordnung, die Gesellschaft theilt sich in Arbeitgeber und Arbeitnehmer; nur der Antheil des Kapitals am Reingewinn würde gemindert werden dadurch, daß die Arbeit durch die Fixirung und Abkürzung der Arbeitszeit werthvoller gemacht, einen größeren Produktions-Antheil erhält.

Die Agitation für den Normalarbeitstag kann demgemäß nicht unter das Sozialistengesetz fallen, weil sie nichts von dem bedroht, was damit gesichert zu werden nöthig erschien.

Aus dem, was ich von den Wirkungen der Maschine nun aber oben gesagt habe, könnte leicht der Schluß gezogen werden, als ob ich ein Feind der Maschine wäre und die in derselben sich zeigende Genialität des menschlichen Geistes nicht zu fassen vermöchte. In dieser Beziehung bin ich ganz der Meinung der „Neuesten Nachrichten“, welche nach Schluß der dahier stattgefundenen elektrischen Ausstellung unterm 10. Okt. 1882 in Nr. 291 schrieben:

„Was sagt uns denn der Blick, den wir in unserer fortgeschrittenen Erkenntniß von Elektrizität in die Seele der Natur gethan haben?

Die Natur kann und muß für uns noch mehr Arbeit übernehmen. Je mehr physische Arbeit wir aber von den Schultern der Menschheit auf die Schultern der Natur laden, desto mehr kann die Menschheit der veredelnden, erhebenden, idealen Arbeit des Geistes sich widmen, desto allgemeiner und höher muß geistige Bildung und Vervollkommenung werden.

Die wachsende Einsicht in die allen Verkehr und Austausch vermittelnde Zentralkraft der Elektrizität hat uns eine Reihe von Mitteln gelehrt und an die Hand gegeben, um auch den Verkehr der räumlich getrennten Menschen zu erleichtern, die Menschen einander näher zu bringen, die trennenden Schranken zu vermindern, die Verbindungsmittel zu vermehren, d. h. die Humanität zu fördern!

Ein Fortschritt, der zugleich ein Fortschritt in idealer und humaner Gesinnung ist, kann nur vom Guten, kann nur zum Wohl der Menschheit sein.“

Diese Ausführungen sind zweifellos wohlwollend und verständig, zu bedauern bleibt nur, daß die „Neuesten Nachrichten“ uns nicht einmal andeuten, wie dieses Laden der Arbeit auf die Schultern der Natur ohne Schaden für die Arbeiter vor sich gehen könnte. Ich erlaube mir daher eine nothwendige Ergänzung der liberalen Ansicht, indem ich sage:

„Je mehr die Maschine, resp. die Naturkraft der Menschheit Arbeit abnimmt, desto kürzer muß für die Arbeiter die Arbeitszeit werden.“

Nur so haben an dem Segen dieses Fortschritts auch jene Theil, denen gerade dieser Fortschritt heute zum Unglück wird.

Es ist Zeit, daß der albernen Ansicht, daß die vielen Leute, die arbeitslos sind, nicht arbeiten mögen, ernsthaft begegnet wird mit dem immer wiederholten Hinweis auf die sich von Tag zu Tag mehr Gebiet erobernde Maschinenarbeit.

Es ist aber auch höchste Zeit, daß die „Bagabunden“ sich nicht weiter vermehren. Mögen die Besitzenden bedenken, daß sie es bald nicht mehr in der Hand haben, die Bagabunden unschädlich zu machen, sondern daß sie befürchten müssen, was die Bagabunden mit ihnen machen.

Auch jene Sozialreformer, welche sich von der neuen Sozialgesetzgebung (Krankenkassen-, Unfallversicherungs- und Altersversorgungsgesetz) so viele Segnungen versprechen, mögen berücksichtigen, daß zur Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung dieser Schöpfungen im Allgemeinen die Einführung des Normalarbeitstages gehört, um die Gesamtheit der Arbeiter für die Rassen leistungsfähig zu machen und zu erhalten.

Im Reichstag selbst ist vorläufig für den Normalarbeitstag allerdings noch keine Mehrheit zu erhoffen, eine energische Agitation für den Normalarbeitstag würde jedoch die dort schon vertretenen Neigungen bedeutend stärken.

Die deutschen Regierungen werden ohne kräftiges Auftreten der Arbeiter ebenfalls keine derartige Vorlage machen, obwohl anzunehmen ist, daß es deutsche Staatsmänner gibt, welche die Tragweite und das Segensreiche des Normalarbeitstages für Staat und Gesellschaft zu schätzen wissen.

Das Erste und immer wieder das Erste muß also die Agitation der Arbeiter selbst sein.

Die Agitation für den Normalarbeitstag ist der Krieg gegen die „Bagabunden“, das allein erfolgreiche Mittel, die Bagabunden in Deutschland abzumindern, wenn nicht ganz zu beseitigen.

Seit dem ersten Erscheinen dieser kleinen Schrift bis Pfingsten 1885 ist nun allerdings von Seite der deutschen Arbeiterschaft mein Mahnruf zur Agitation für den Normalarbeitstag nicht sonderlich beachtet worden, dafür aber ist erfreulicher Weise die Frage des Normal- oder Maximalarbeitstages im deutschen Reichstage zur Sprache gekommen und hat Aussicht in nächster Zeit dort eingehender behandelt zu werden.*)

Zuerst erschien das Zentrum mit weitgehenden „Wünschen“ auf dem Plane und richtete an die Reichsregierung das Ersuchen um Vorlage eines dießbezüglichen Gesetz-Entwurfes. Dieß gab dem Reichskanzler Gelegenheit, sich insbesondere über die Einführung eines Maximal-Arbeitstages auszusprechen. Bei dem großen Einfluß, den dieser mächtige Diener des Kaisers auf die Entwicklung auch der wirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands besitzt, ist es wohl angezeigt, wenigstens kurz zu prüfen, ob der Herr Reichskanzler im Stande war, die in dieser Schrift für den Normalarbeitstag niedergelegten Behauptungen zu entkräften.

Nach Nr. 38 der sozialpolitischen Wochenschrift „das Recht auf Arbeit“, herausgegeben von dem Reichstagsabg. L. Viereck in München, begegnen wir zunächst der Ansicht des Reichskanzlers, die dahin geht, daß, wenn die Industrie geschädigt wird, der Erste, der darunter leide, der Arbeiter sei, weil ihr die Henne, die ihm die Eier legt, stirbt oder ausgeschlachtet wird. Das stimmt, wenn wir die Vorgänge im wirthschaftlichen Produktionsprozeß von der Oberfläche betrachten; thatsächlich verhält sich die Sache aber etwas anders; ich meine nämlich: daß es die Arbeiter sind, welche von den Industriellen gezwungen werden, die Eier zu legen. Und daß die Industriellen nicht blöde sind, sich recht niedliche goldene Eierchen legen zu lassen, wo und wie es nur immer angeht, dürfte faum widersprochen werden können. Erst war die

*) Das Erscheinen der 3. Auflage hat sich unliebsam um einige Monate verzögert. Mittlerweile ist die Agitation für das Arbeiterschutzgesetz, speziell die Sonntagsruhe und den Normalarbeitstag erfreulich in Fuß gerathen.

Arbeit, dann kam das Kapital (die aufgespeicherte, nichtbezahlte Arbeit) und wenn im Laufe der Zeit das Kapital die Arbeit unterjochte, so ist es immer noch keine Henne, eher ein Raubvogel geworden.

Der Hr. Reichskanzler meint weiter, im Maximalarbeitstage läge eine Verschlimmerung seiner Lage für den Arbeiter, welcher heute kürzere Zeit arbeite, als er bei gesetzlich festgestellter Arbeitszeit arbeiten müßte. Das scheint mir eine zweite irrige Ansicht des Reichskanzlers zu sein. Erstens wird kein denkender Arbeiter und wohlwollender Mensch einen Normalarbeitstag von 14 Stunden, wie ihn der Hr. Reichskanzler anzunehmen scheint, fordern, und zweitens wird, wenn der Gesamtarbeiterschaft geholfen werden soll, die Arbeitszeit so normirt werden müssen, daß, wie in dieser Schrift schon gesagt worden, auch jene Geschäfte, welche heute die kürzeste Arbeitszeit haben, noch eine Kleinigkeit freie Zeit gewinnen.

Der Reichskanzler hält den Normalarbeitstag auch deswegen für undurchführbar, weil durch gekürzte Arbeitszeit der Arbeiter einer Lohnminderung entgegen gehe. Zum Glück für die Arbeiter ist aber auch diese Ansicht eine falsche. Nicht nur alle namhaften, ernst zu nehmenden National-Ökonomen, sondern auch die Arbeiter wissen aus Erfahrung (also Wissenschaft und Praktif), daß der Lohn von dem Vorhandensein arbeitssuchender Arbeiter und der Arbeitsgelegenheit abhängt. Cobden sagt: „Wenn zwei Arbeiter hinter einem Herrn herlaufen, fallen die Löhne. Wenn zwei Herren hinter einem Arbeiter herlaufen, steigen die Löhne.“ Ich überlasse es dem Leser, dem Cobden oder dem Reichskanzler Recht zu geben; meine Erfahrung zwingt mich, dem Ersteren beizustimmen. Außerdem ist es Thatsache, daß da, wo die längste Arbeitszeit eingeführt ist, auch die niedrigsten Löhne gezahlt werden.

Selbst das Verbot der Sonntagsarbeit erscheint dem Reichskanzler als zum Schaden der Arbeiter auswachsend. Er spricht von einem Entgange des Arbeitsverdienstes von 14 Prozent, wenn der Arbeiter am Sonntag eventuell nicht arbeiten darf; als wenn die Bräuer, wenn sie am Sonntage nicht maischen lassen dürfen, dann weniger Bier sieden und

weniger getrunken würde. Die Sache ist einfach so! Die Arbeit, welche an Sonntagen, also am ersten Tage der Woche gemacht wird, ist eben an Werktagen nicht mehr zu verrichten. Der Nationalökonom und der Arbeiter weiß es zum Theil auch, daß die Nationalproduktion (die Summe der Arbeit, die eine Nation leisten kann und für die sie Absatz findet) über eine gewisse Höhe hinaus nicht gesteigert werden kann; ein Entgang des aus der Produktionsmöglichkeit erstandenen Werthes, und in diesem Falle somit auch des Arbeitslohnes wäre nur möglich bei dem Mangel an Arbeitskräften. Daß davon keine Rede sein kann, beweisen doch die vorhandenen Bagabunden! Durch die Einhaltung der Sonntagsruhe wird kein Haus weniger gebaut werden, kein Acker unbebaut bleiben, kein Mensch in die Lage kommen, unbekleidet im deutschen Reiche herumlaufen zu müssen. Die kapitalistische Produktion unterliegt schließlich auch dem Zwange des Vorhandenseins eines Bedürfnisses und der Kaufkraft der Nation. Hat sie die letzteren nicht im Auge behalten, so kommen die Krisen und die unbeschränkte Arbeitszeit trägt zur Beschleunigung derselben ebenfalls bei.

Weil nun der Herr Reichskanzler aus dieser seiner Anschauung folgert, daß dem Arbeiter aus der Kürzung der Arbeitszeit eine Lohnminderung erwachse, fragt er: „Wer diesen Ausfall tragen soll?“ Diese Frage richtete er an das Centrum wohl in seiner Ironie, weil er weiß, daß von daher die richtige Antwort nicht erfolgt. Die Arbeiterfreundlichkeit desselben hat sich bei der Jagd auf Bölle genügend bewiesen. Das Centrum vertritt die Interessen der besitzenden Klassen in erster Linie wie die liberalen Manchesterier; es spinnt die Fäden nur in anderer Nummer!

Der Hinweis auf eine durch den Normalarbeitstag verursachte Konkurrenz-Unfähigkeit der deutschen mit der ausländischen Industrie ist meines Erachtens ebenfalls nicht zutreffend. Ohne Umbahnung internationaler Abkommen wird vorerst kein vernünftig denkender Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit fordern, als sie zur Zeit in England oder Frankreich eingeführt ist, worauf auch schon in dieser Schrift hingewiesen wurde.

Wir sehen, daß der Herr Reichskanzler, entgegen seinen sonstigen sehr konservativen Anschauungen in der Frage des Normalarbeitstages sich ganz und gar auf den Standpunkt der liberalen Wirthschaftstheorien stellt, worüber im liberalen Lager helle Freude ausgebrochen ist. Der Herr Reichskanzler ist allerdings auch bemüht, den durch das Versagen des gesetzlichen Schutzes hervorgerufenen ungünstigen Eindruck bei den Arbeitern wieder zu verwischen, indem er ausruft: „Der müßte kein Herz im Leibe haben, der nicht den dringenden Wunsch hätte, dem Arbeiter aus dieser Nothlage herauszuhelfen;“ aber er weiß nicht, wie dies gemacht werden soll und ist mit seinem Latein zu Ende. Er bittet die schwarzen Herren und die mit denselben am Zollstrange ziehenden Reichsboten auf das dringendste um die Vorlage eines dießbezüglichen Gesetzentwurfes und siehe da, nach einigen Tagen schon wird ein solcher Gesetzentwurf eingebracht von — — den Sozialdemokraten!

In diesem Gesetzentwurf berücksichtigen dieselben, findig und praktisch, wie sie sind, gewiß zur Ueberraschung des Herrn Reichskanzlers selbst dessen Ansicht, daß zum Normalarbeitstag auch ein Normallohn gehöre. In dieser Beziehung sind die Sozialdemokraten aber auch in guter Gesellschaft, denn dem Herrn Reichskanzler schließt sich auch der Wirkliche Geheimen Ober-Regierungsrath F. W. H. Wagener an, der den Normallohn als Ergänzung des Normalarbeitstages für gerechtfertigt hält. Derselbe sagt in einer von ihm erst kürzlich herausgegebenen Abhandlung*) Seite 28:

„Daß es heute die Regel ist, den Arbeitern den Lohn erst am Ende der Woche oder gar erst nach vierzehn Tagen auszuzahlen, ist bekannt. Damit erlebte sich auch die trügerische Behauptung des Kapitalismus, daß der Unternehmer den Lohn vorschießt. Die Sache verhält sich vielmehr umgekehrt; auch wird der Lohn dadurch

*) Soziale Streitfragen. Sammlung gemeinverständlicher Abhandlungen. Herausgeg. von Ernst Henriet Lehnsmann. Erstes Heft. Minden in Westf. J. C. C. Brun's Verlag 1885.

noch weiter verkümmert, daß die Arbeiter in der Zwischenzeit, mit wenigen Ausnahmen, theuer auf Kredit leben müssen. Es liegt also hier ein doppeltes Uebel vor, bei dem aber — wie Rodbertus mit Recht bemerkt — die Wurzel des Uebels der zu langen Arbeitszeit in dem Uebel des zu kleinen Lohnquantums steckt. Nur an diesem letzteren Uebel braucht also der Staat seine Bestrebungen anzusetzen, um zugleich beide zu heilen u. s. w.“

Meines Wissens hat sich die Kritik noch nicht beeilt, an den Entwurf des Arbeiterschutzes, wie ihn die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag einbrachte, heranzutreten; es wird ihr auch sauer genug werden, diesen mit sozialem Wissen auf praktischen Erfahrungen fußenden Entwurf zu bekämpfen. Auf eine andere Art macht sich jedoch eine Gegenströmung geltend, in welcher auch der Herr Reichskanzler mit fortgezogen zu werden scheint: Man läßt nämlich verbreiten, daß die Arbeiter selbst die in Frage stehende Schutzgesetzgebung nicht wollten. Ist es schon an und für sich lächerlich, Kommerzienräthe, Bankiers und andere Leute, die der Arbeit sehr weit aus dem Wege gehen, sich dahin in Resolutionen aussprechen zu hören, daß der Normalarbeitstag nicht im Interesse der Arbeiter liege, so ist es weiter unverfroren von der Abneigung der Arbeiter zu sprechen, nachdem sich Tausend und aber Tausend schon für den Normalarbeitstag ausgesprochen haben.

Wer den Normalarbeitstag nicht will, der will auch nicht ernstlich, daß die Bagabunden sich verringern oder er weiß es nicht, daß nicht anders geholfen werden kann. Betrachten wir die Bestrebungen, die in der Errichtung von Arbeiterkolonien das Mittel gefunden haben wollen, die Bagabunden aus der Welt zu schaffen und lassen wir das Rezept der Zuchthausordnung zunächst außer unserer Besprechung, so fällt uns das Ungenügende zu einer annähernden Gesundung der sozialen Verhältnisse sofort in die Augen.

Als unlängst in Unterfranken so ein freiwilliges Arbeitshaus eröffnet wurde, wendete sich die Direktion desselben

unter Anderm auch an die Besitzer größerer Grundflächen mit dem Ersuchen um Zuwendung von Arbeit, als Ent- und Bewässerung von Grundstücken, Waldbrodungen, Flußkorrekturen 2c. Angenommen, die betr. Grundbesitzer gehen auf dieses Anerbieten ein, was sehr wahrscheinlich sein wird, weil sie die in Aussicht gestellte billigere Entlohnung der Arbeit hiezu verlockt, so werden in dem Maße als die Arbeiter-Kolonie Arbeiter in irgend einer Gegend verwenden kann, sogenannte „freie Arbeiter“ in der Regel verdienstlos werden, denn die von der Kolonie übernommene Arbeit braucht von den Arbeitern am Orte nicht mehr verrichtet zu werden. Diese kommen vielmehr nun selbst in die Lage, Bagabunden zu werden, und wenn ihre Vorgänger aus der Kolonie hinausgeschafft worden sind, steht diesen Bagabunden neueren Datums nunmehr die Pforte des modernen Arbeiterhortes offen. Später können die Ersteren wieder eingelassen werden und so fort im ewigen Ringe zum Ruhme unserer Sozialpolitiker à la Pastor Bodelschwing!

Das fehlte noch, die Konkurrenz der freiwilligen Zuchthäuser zu der der staatlichen Arbeitshäuser.

Die Arbeiterkolonien vermögen also die aus der Arbeitslosigkeit resultirende Bagabundage nicht zu beseitigen, höchstens kann ein Bagabund auf kurze Zeit einen nichts weniger als beneidenswerthen kurzen Aufenthalt finden, während welcher Zeit ein Anderer der Bagabundage verfällt.

Die Stellung des Liberalismus gegenüber sozialen Reformen ist bekannt, wundert auch keinen Sozialpolitiker oder Arbeiter; daß aber trotz der kaiserlichen Botschaft mit der Ankündigung sozialer Reformen der Herr Reichskanzler Gegner solcher Reformen ist, befremdet um so mehr, als er seinerzeit vom „Recht auf Arbeit“ sprach; freilich sprach er nicht vom Recht auf **lohnende** Arbeit, denn diese wird mitbedingt durch die auf sie verwendete Zeit.

Die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit findet bei den Liberalen ebenso Widerstand wie der Normalarbeitstag. So ruft der Reichstags-Abgeordnete Baumbach: „Ist es humaner der armen Wittwe einen kärglichen Verdienst

durch ihre und ihrer Kinder Arbeit zu belassen, oder ist es humaner, sie der öffentlichen Armenpflege zu überweisen? Ist es humaner, diese Kinder betteln, oder ist es vielmehr humaner sie arbeiten zu lassen?“

Herr Baumbach stellt sich so, als ob die Herren Patrone die Kinder- und Frauenarbeit aus Humanität eingeführt hätten und kultiviren, während die niedrigere Bezahlung der Kinder- und Frauenarbeit das gewinnlüstige Kapital zur Ausbeutung anreizte.

Nein, Herr Baumbach, so lange erwachsene, kräftige Personen zu Tausenden als Vagabunden im Lande sich „herumschlagen“, so lange halte ich die Arbeit der Wittwen und Kinder weder für dringend noch human. Erst das Haupt, dann die Glieder muß auch bei der Sozialreform die Richtschnur sein.

Vom Standpunkte der Humanität, der Zweckmäßigkeit und im Interesse der gesellschaftlichen Ordnung läßt sich ein Widerstand gegen die Einführung des Normalarbeitstages nicht erklären. Der Normalarbeitstag ist die gesetzlich festgestellte Zeit, innerhalb welcher der wirtschaftlich Starke den wirtschaftlich Schwachen ausbeuten, resp. dessen Arbeitskraft verwenden darf. Allerdings ist seine Einführung auch eine Etappe nach vorwärts, aber bis zu dieser, kann jeder Arbeiter, sei er Sozialdemokrat oder Gesellenvereinsmitglied, ja jeder human denkende Mensch, ob liberal oder konservativ, ob katholisch oder israelitisch, mitmarschiren, denn wie gesagt, der Normalarbeitstag erschüttert die Grundlagen der heutigen Gesellschaft nicht, aber er mildert ungezähltes schreckliches Elend, hervorgerufen durch unverschuldete Arbeitslosigkeit.

3 Der Normalarbeitstag ist auch einst die Lösung der sozialen Frage im Sinne der Sozialdemokratie, aber diese Fraktion hat bewiesen durch Einbringung des Entwurfes eines Arbeiterschutzgesetzes, daß ihr die tägliche wachsende Noth des Proletariats sicher nicht gleichgültig ist, daß sie das Herz auf den rechten Fleck hat.

Wenn die Liberalen die Sozialdemokraten jetzt der Reaktion bezichtigen, so ist das lächerlich. Die „Freiheit“ des

Liberalismus beruht auf dem Besitz des Kapitals und mit Louis Blanc rufe ich den Liberalen zu: „Wenn die Waffen ungleich sind, ist die Freiheit nur die Heuchelei der Unterdrückung!“

An den deutschen Arbeitern liegt es nun, die durch die Einbringung des Arbeiterschutzes im Reichstag geschaffene günstige Lage auszunützen und zu zeigen, daß ihnen thatkräftiges Handeln noch eigen ist. Bis zur nächsten Reichstagsession soll nur Ein Ruf die deutsche Arbeiterwelt durchbrausen!

Auf, für den Normalarbeitstag!



Hochinteressante Novität

Zu Monat September erscheint und ist durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes und direkt vom Verleger, L. Viereck, München, zu beziehen:

Im Konkubinenstock

Humoreske von Max Regal, Redakteur des „Südd. Postillon“.

Neue mit zahlreichen Illustrationen versehene Ausgabe.

Preis nur 40 Pfg.

 In Parthien bedeutenden Rabatt. 

Zwerchfellerschütternde Schilderungen der Wirkung des neuen bayerischen Konkubinat-Gesetzes.

Die erste Auflage fand so erfreuliche Nachfrage, daß die neue Ausgabe bei schönster Ausstattung und bedeutend vergrößertem Format erscheint und mit ansehnlichen Illustrationen versehen werden konnte.

Verlag von Georg Pollner (L. Viereck) in München.

Die elektrotechnische Revolution

Populär-wissenschaftlich dargestellt von einem Fachmann.

Dritte bedeutend vermehrte und mit zahlreichen Illustrationen versehene Ausgabe.

 Preis nur 2 Mark 

Für Alle, die sich für die Fortschritte der modernen Technik interessieren, ein unentbehrlicher Leitfaden, der zugleich die volkswirtschaftliche Perspektive enthält, die aus den Fortschritten der Elektrotechnik sich ergibt.

Soeben erschien: Der seit Jahren erwartete

zweite Band von Marx' Kapital

unter dem Titel:

Das Kapital.

Kritik der politischen Oekonomie.

Von Karl Marx.

Zweiter Band.

Der Zirkulationsprozess des Kapitals.

Herausgegeben von Friedrich Engels.

34³/₄ Bogen, Preis 8 Mk.

Zu beziehen gegen Baareinsendung des Betrages und 30 Pfg. Porto durch

L. Viereck,

Klenzestrasse 75. München.

NB. Ebenso ist der Erste Band von Marx' Kapital zum Preise von Mark 9.— und 30 Pf. Porto durch mich zu beziehen.



3 0112 077641709

Abonnements-Einlaßung

auf die in München erscheinende sozialpolitische Wochenschrift:

☛ „Das Recht auf Arbeit“ ☛

die bereits im zweiten Jahrgang erscheint und in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon einen außerordentlich zahlreichen Leserkreis gewonnen hat.

„Das Recht auf Arbeit“ ist ein vollkommen unabhängiges Arbeiterorgan, das mit allen gesetzlichen Mitteln für die Rechte der Arbeit, sowie für die Interessen der unpolitischen Arbeiterorganisationen eintritt.

„Das Recht auf Arbeit“ ist im Berliner Postzeitungs-Katalog unter Nr. 4292, in München unter Nr. 557 eingetragen.

„Das Recht auf Arbeit“ kostet monatlich 40 Pfg. bei direktem Kreuzbandabonnement, 75 Pfg. bei den Postanstalten des deutschen Reichs vierteljährlich, 90 Pfg. mit Zustellgebühr.

In demselben Verlage und als politische Ergänzung zum „Recht auf Arbeit“ erscheint die Zeitschrift

=== „Deutsches Wochenblatt“ ===

welches vornehmlich die Aufgabe sich gestellt hat, auch über die Vorgänge auf rein politischem Gebiet, vorzugsweise über solche Vorgänge, welche das Interesse der arbeitenden Klassen betreffen, streng sachliche Berichte zu liefern.

Auch für das „Deutsche Wochenblatt“ ist derselbe Abonnementspreis wie für das „Recht auf Arbeit“ festgesetzt.

Mit „Recht auf Arbeit“ gemeinsam beträgt er monatlich 50 Pf., unter Kreuzband zugestellt 75 Pf. wobei der humoristisch-satirische

„Süddeutsche Postillon“

gratis zugegeben wird.

Bei Partienbezug tritt eine bedeutende Preisermäßigung ein.

Diese Blätter sollten in keinem Fachvereine, bei keiner örtlichen Verwaltung von Eingeschriebenen Hilfsklassen fehlen und sehen wir recht zahlreichen neuen Abonnements entgegen

Redaktion und Verlag

des „Recht auf Arbeit“ und „Deutschen Wochenblatt“

L. Viereck, München.